

Medienmitteilung

Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), 26. Oktober 2021

AefU unterschreiben internationalen Brief für die Staatschefs an der Klimakonferenz in Glasgow

300 Gesundheitsorganisationen mit 45 Millionen Mitgliedern fordern sofortiges Handeln gegen die Klimakrise

Die Klimakrise verursacht massive Gesundheitsschäden. Diese sind längst in den Krankenhäusern und Arztpraxen der ganzen Welt angekommen – auch in der Schweiz. Die Staatschefs, die ab dem 31. Oktober 2021 an der Klimakonferenz COP26 der Vereinten Nationen (UNO) in Glasgow teilnehmen, sollen unverzüglich Massnahmen gegen den Klimawandel ergreifen. Das fordern weltweit über 300 Gesundheitsorganisationen mit 45 Millionen Angehörigen der Gesundheitsberufe in einem **gemeinsamen Schreiben**. Auch die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) **stehen im Absender**.

«Die Klimakrise ist die grösste gesundheitliche Bedrohung der Menschheit. Als Angehörige der Gesundheitsberufe erkennen wir unsere ethische Verpflichtung an, uns zu dieser rasch wachsenden Krise zu äussern, die weitaus katastrophaler sein könnte als die COVID-19-Pandemie. Wir fordern die Regierungen nachdrücklich auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und ihre BürgerInnen, Nachbarstaaten und künftige Generationen vor der Klimakrise zu schützen», hält **das Schreiben** fest. Die UNO-Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat den Brief initiiert. Auch die **AefU haben ihn unterzeichnet**.

Die Gesundheitskatastrophe abwenden

Die organisierten Angehörigen der Gesundheitsberufe verlangen von den Staats- und Regierungschefs und ihren VertreterInnen an der COP26, die drohende Gesundheitskatastrophe abzuwenden. Dies, indem sie die globale Erwärmung auf 1.5 Grad begrenzen. Bei allen Massnahmen zur Eindämmung der Klimakrise und zur Anpassung an die Erwärmung sollen sie die Gesundheit der Menschen und die Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen.

Maximal 1.5 Grad

Die Unterzeichnenden fordern die Länder auf, ihre Klimaverpflichtungen aus dem Pariser Abkommen zu aktualisieren: Jeder einzelne Staat muss sich zu seinem fairen Anteil an der Begrenzung der Erwärmung auf höchstens 1.5 Grad verpflichten – und die Gesundheit in seine Pläne einbeziehen.

Die Staaten sollen einen raschen und gerechten Übergang weg von fossilen Brennstoffen sicherstellen. Dazu sind sofort alle Subventionen und Finanzierungen fossiler Brennstoffe zu streichen und diese Gelder stattdessen in die Entwicklung sauberer Energien umzulenken.

Reiche Länder müssen mehr tun

Länder mit hohem Einkommen müssen ihre Treibhausgasemissionen stärker reduzieren als die Einkommensschwachen. Dies betrifft insbesondere auch die Schweiz, deren Klimamassnahmen nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes im letzten Frühjahr arg ins Stocken gerieten.

Die einkommensstarken Länder müssen den versprochenen Geldtransfer an die einkommensschwachen Länder leisten. Nur so können auch diese die notwendigen Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen umsetzen.

Gesundheitsbereich soll vorangehen

Der Brief drängt die Regierungen, klimaresistente, kohlenstoffarme und nachhaltige Gesundheitssysteme aufzubauen. Für die Schweiz fordern die AefU **ein klimaneutrales Gesundheitssystem** bis 2030.

Alle Investitionen – beispielsweise jene zur Bekämpfung der Corona-Pandemie – müssen die Klimaschutzbemühungen unterstützen sowie die weltweiten sozialen und gesundheitlichen Ungleichheiten abbauen.

Kontakt:

Dr. med. Bernhard Aufderreggen, Präsident AefU	079 639 00 40
Dr. Martin Forter, Geschäftsleiter AefU	061 691 55 83

AefU-Hintergrundinformationen:

- **AefU-Position Klima und Gesundheit**, 3.2021
- Pandemie und Umwelt, **Oekoskop 3/21**
- Klimagase: Mission «Zero» im Gesundheitswesen, **Oekoskop 2/21**
- Klimawandel: Therapieren statt aussitzen; Atomstrom hilft nicht gegen Klimawandel, **Oekoskop 1/21** (in Deutsch)
- Altreifen in Zementöfen: Ein Klimafrevel wird belohnt, **Oeksokop 1/20**
- Klimawandel: Hitzewellen, aggressive Mücken, fremde Pollen, **Oekoskop 2/17**